

Antrag	
- öffentlich -	
301/2019	
Federführendes Amt	Oberbürgermeisterbüro
Datum	04. Oktober 2019



STADT LINGEN EMS
Der Oberbürgermeister

Beratungsfolge	Termin	TOP
Rat	24. Oktober 2019	15

…❖ **Resolution zur Initiative Seebrücke;
(Antrag der Fraktionen der SPD, der BürgerNahen sowie von Bündnis
90/Die Grünen vom 02. Oktober 2019)**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Lingen (Ems) unterstützt die Initiative Seebrücke. Er bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen. Die Stadt Lingen (Ems) hat mit der Unterstützung zahlreicher ehrenamtlicher Helfer, Einwohnerinnen und Einwohner in den vergangenen Jahren Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt und wird dieses auch in Zukunft vorbildlich erfüllen.

1. Der Rat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer sowie für eine Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen. Des Weiteren fordern wir die Bundesregierung auf, sich für eine europäische Lösung hinsichtlich der Verteilung stark zu machen.
2. Um darüber hinaus ein klares Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit unserer Stadt und ihrer Menschen zu setzen, deklariert der Rat die Stadt Lingen (Ems) als „Sicherer Hafen“. Die Stadt nimmt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Geflüchtete auf.
3. Die aktive Behinderung und Kriminalisierung der Arbeit der Seenotrettung durch europäische Staaten muss umgehend beendet werden.
4. Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf den Tod von Kindern, Frauen und Männern nicht billigend in Kauf nehmen.
5. Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, bekennen wir uns klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche und seelische Unversehrtheit und fordern eine deutliche Positionierung und Einhaltung der im Artikel 2 des EU-Vertrages verankerten Grundwerte der Europäischen Union.
6. Der Rat der Stadt Lingen (Ems) ist bereit Geflüchteten im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten Obdach und Hilfe zu gewähren: dieses gilt auch für in Seenot geratene Menschen. Für die Verteilung und Unterbringung von aus Seenot Geretteten muss die Bundesregierung eindeutige Regelungen schaffen. Der Rat der Stadt Lingen (Ems)

fordert die Vertreterinnen und Vertreter in Bundestag und Landtag auf, sich für diese Ziele einzusetzen.

Sachverhalt / Begründung:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
wir übersenden für die anstehende Ratssitzung diesen gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Grüne, die BürgerNahen und SPD.

Der Rat beschließt folgende Resolution:

Der Rat der Stadt Lingen (Ems) unterstützt die Initiative Seebrücke. Er bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen. Die Stadt Lingen (Ems) hat mit der Unterstützung zahlreicher ehrenamtlicher Helfer, Einwohnerinnen und Einwohner in den vergangenen Jahren Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt und wird dieses auch in Zukunft vorbildlich erfüllen.

1. Der Rat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer sowie für eine Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen. Des Weiteren fordern wir die Bundesregierung auf, sich für eine europäische Lösung hinsichtlich der Verteilung stark zu machen.

2. Um darüber hinaus ein klares Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit unserer Stadt und ihrer Menschen zu setzen, deklariert der Rat die Stadt Lingen (Ems) als „Sicherer Hafen“. Die Stadt nimmt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Geflüchtete auf.

3. Die aktive Behinderung und Kriminalisierung der Arbeit der Seenotrettung durch europäische Staaten muss umgehend beendet werden.

4. Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf den Tod von Kindern, Frauen und Männern nicht billigend in Kauf nehmen.

5. Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, bekennen wir uns klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche und seelische Unversehrtheit und fordern eine deutliche Positionierung und Einhaltung der im Artikel 2 des EU-Vertrages verankerten Grundwerte der Europäischen Union.

6. Der Rat der Stadt Lingen (Ems) ist bereit Geflüchteten im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten Obdach und Hilfe zu gewähren: dieses gilt auch für in Seenot geratene Menschen. Für die Verteilung und Unterbringung von aus Seenot Geretteten muss die Bundesregierung eindeutige Regelungen schaffen. Der Rat der Stadt Lingen (Ems) fordert die Vertreterinnen und Vertreter in Bundestag und Landtag auf, sich für diese Ziele einzusetzen.

Begründung:

Aktuell stirbt jeder fünfte Flüchtling auf dem Mittelmeer. Die Zahl der Menschen, die nach offiziellen Angaben 2018 auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken sind, beträgt 2300. Im Jahr 2019 sind bereits wieder über 500 Tote zu beklagen. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen. Diejenigen, die überleben und zurück nach Libyen verbracht werden, erwartet ein Machtvakuum aus Folter, sexuellen Missbrauch/ Vergewaltigung, Versklavung, Erpressung und Tod.

Es ist nicht mehr länger hinnehmbar, dass private Retter die Aufgaben übernehmen, die von Rechts wegen in die Hand der Regierungen gehören und dafür dann auch

noch kriminalisiert werden. In dieser dramatischen Situation erklären sich immer mehr europäische Städte zu „sicheren Häfen der Zuflucht“ (Barcelona, Palermo, Valencia). Allein in Deutschland sind es bereits 92 an der Zahl (Stand 30.09.2019), u.a. die Städte Berlin, Köln, Düsseldorf, Bonn, Potsdam, Regensburg, Solingen; - in Niedersachsen Osnabrück, Oldenburg, Braunschweig, Hildesheim, Kreis und Stadt Hannover, Kreis und Stadt Hildesheim, Aurich, und die Samtgemeinde Thedinghausen) und die Nachbarstädte Nordhorn, Cloppenburg und Meppen.

Entgegen der geäußerten Behauptung, dass ein Zusammenhang zwischen den steigenden Flüchtlingszahlen und der Präsenz privater Rettungsschiffe besteht, sie gar verantwortlich für die Toten im Mittelmeer machen, wurde diese bereits durch mehrere Studien widerlegt. Die populärste stammt von zwei Forschern aus Oxford (Border Deaths in the Mediterranean: What We Can Learn from the Latest Data, 08.03.2017). Einen signifikanten Zusammenhang zwischen den maritimen Operationen und der Anzahl ankommender Flüchtlinge gibt es nicht. Die Forscher schreiben: „Zusammengenommen deuten diese Ergebnisse stark darauf hin, dass Rettungsoperationen das Sterblichkeitsrisiko verringern (oder umgekehrt, dass das Fehlen von Rettungsoperationen zu mehr Toten führt) und kaum oder keinen Einfluss auf die Zahl der Ankünfte hat“ (Elisa Steinhilper und Rob Gruijters).

Die „Sicheren Häfen“ erklären sich bereit, in Not geratene Geflüchtete zusätzlich aufzunehmen und stellen sich damit ausdrücklich gegen die propagierte Auffassung, dass Zäune und Mauern die Probleme lösen könnten. Die stetig wachsende zivilgesellschaftliche Initiative „Seebrücke“ – schafft sichere Häfen“ protestiert seit geraumer Zeit gegen das Sterben im Mittelmeer und gegen die Kriminalisierung von Seenotretter/innen. So erklärte auch der Bischof des Bistums Essen, Herr Franz-Josef Overbeck, auf die Verhaftung der Kapitänin Carola Rackete: „Wer Menschen vor dem Ertrinken rettet, gehört nicht ins Gefängnis. Ich bewundere den Mut von Carola Rackete, der Kapitänin der Seewatch 3. Sie steht mit ihrem Handeln für die humanen und christlichen Werte Europas“.

Das betrifft nicht nur Menschen, die vor kriegesischen Ausschreitungen und ihren Folgen fliehen. Auch andere Ursachen, wie klimabedingte Katastrophen, können dazu führen, dass Menschen ihre angestammten Lebensräume verlassen.

Zahlreiche Linger Bürger und Bürgerinnen wollen einen Beitrag zu einer humanitären Lösung leisten. Wir wollen diesen Akt der Menschlichkeit weiter fortführen und als Stadt dafür Sorge tragen, diese humanitäre Aufgabe zu erfüllen und auch nach außen hin ein sichtbares Zeichen setzen. Aus diesem Grund muss Lingen (Ems) ein sicherer Hafen sein.

Für die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gez. Edeltraut Graeßner

Für die Fraktion „Die Bürgernahen“ gez. Robert Koop

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gez. Michael Fuest“